### 22/I/2022 UB Barnim

# Lehrstuhlaufstockung an der Universität Potsdam und/oder Errichtung einer pädagogischen Hochschule

#### Beschluss:

Dass die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert wird, eine weitere massive Erhöhung von Lehramtsstudienplätzen durch Lehrstuhlaufstockung an der Universität Potsdam zur nachhaltigen Bekämpfung des evidenten Lehrkräftemangels im Land Brandenburg voranzutreiben und zeitnah umzusetzen.

## Überweisen an

Landtagsfraktion

# Stellungnahme(n)

#### **Im Prozess**

An der BTU in Senftenberg werden ab Herbst 2023 die ersten neuen GrundschullehrerInnen ausgebildet. Das Land Brandenburg setzt darauf, dass möglichst viele der Studierenden später in der Lausitz bleiben. Zum Start gibt es 50 Studienplätze. Die Kapazitäten sollen schrittweise auf mehrere Hundert erhöht und die Fächerkombinationen ausgebaut werden. Der neue Studiengang wurde in Rekordzeit aufgestellt (Mittelbeschluss im Brandenburger Landtag im Nov. 2022), in enger Kooperation mit MWFK, MBJS sowie dem Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung (ZeLB) an der Universität Potsdam. Der Aufbau eines zweiten Lehramtsstandortes an der BTU Senftenberg ist ein Punkt des zehn-Punkte-Planes für eine bessere Lehrerbildung im Land Brandenburg. Das gemeinsamen Maßnahmenpaket von MWFK und MBJS beinhaltet zudem folgende Vorhaben und Botschaften: Wir sorgen dafür, dass jeder Studienplatz besetzt werden kann. Zugangsbeschränkungen zu Lehramtsstudiengängen werden in Zukunft die Ausnahme sein. Wir werden bundesweit Vorreiter beim "dualen Studium". Wer in diesem Jahr ein Lehramtsstudium in Senftenberg beginnt, kann ab dem Wintersemester 2026/2027 in einem dualen Masterangebot weiterstudieren. Wir senken die Abbruchquote weiter. Niemand soll sein Lehramtsstudium wegen Problemen in der Organisation abbrechen. Wir verzahnen Schulen und Universitäten. Wenn wir die Kapazitäten der Lehramtsstudiengänge ausbauen und deren Qualität erhöhen, brauchen wir praxiserfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Unis. Deshalb wird in einem bundesweit einmaligen Modellvorhaben zunächst 20 Absolventinnen und Absolventen mit Lehramtsbefähigung bzw. Lehrerinnen und Lehrern das attraktive Angebot gemacht: Sie werden verbeamtet und dann an die Uni Potsdam oder die BTU für fünf Jahre abgeordnet, um sich dort wissenschaftlich weiterzuqualifizieren und in Forschung und Lehre tätig zu sein. Wir führen Aus,-Fort- und Weiterbildung zusammen. Wir nutzen die Chance des Neuaufbaus eines brandenburgischen Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung zum 1. Januar 2025 für eine stärkere fachliche Verschränkung der Phasen der Lehrkräftebildung. Ziel ist es, aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse (z.B. im Bereich der Digitalisierung) und personelle Ressourcen möglichst schnell auch in die Weiterbildung sowie in die berufsbegleitende Qualifikation von Lehrkräften im Seiteneinstieg einfließen zu lassen. Wir stärken die duale Berufsausbildung. Gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer fehlen nicht nur an den allgemeinbildenden, sondern genauso an den berufsbildenden Schulen. Deshalb bietet die Universität Potsdam ab dem Wintersemester 2024/2025 ein neues innovatives Studienangebot mit 60 Studienanfängerplätzen an. Wir sorgen für mehr Sozialarbeiterinnen und -arbeiter. Auch in der Schulsozialarbeit setzen wir auf das duale Studium. Deshalb werden wir die Kapazitäten an der Fachhochschule Potsdam ausweiten. Ziel ist ein dreistufiger Aufwuchs um 30 Studienanfängerplätze. Die ersten zehn zusätzlichen Plätze sollen bereits im Wintersemester 2023/2024 zur Verfügung stehen. Wir wollen den Ein-Fach-Lehrer ermöglichen. Wir werden im Einklang mit den KMK-Regelungen die Einführung von Ein-Fach-Lehrkräften prüfen. Und wir sorgen dafür, dass dieser Sonderweg nicht zur unüberwindbaren Hürde für ausländische Studierende oder Lehrerinnen und Lehrer wird. Wir machen weiter. Die skizzierten Maßnahmen führen zu den größten strukturellen Veränderungen in der Lehrerbildung seit über 30 Jahren. Keiner kann voraussagen, ob die Maßnahmen

ausreichen. Landtag und damit auch die Öffentlichkeit werden mindestens zweimal im Jahr über den Stand der Umsetzung und der Weiterentwicklung informiert.